



Protokoll der 19. Sitzung des Einwohnerrates

vom 30. März 2022, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend:	38 Mitglieder
Entschuldigt:	Ratsmitglied Daniel Schwörer (FDP)
Abwesend:	Ratsmitglied Albert Siegwart (GL)

Traktanden	Laufnummer
<u>Traktandenliste:</u>	
<i>Vom Verfasser wird das Postulat «Bäume Emma Herwegh-Platz» (Nr. 2022-90) zurückgezogen.</i>	2022-90
<i>://: Das Geschäft «Tiergartenstrasse» (Motion Nr. 2022-86) wird einstimmig von der Traktandenliste abgesetzt.</i>	2022-86
<i>://: Die Dringlichkeit der Interpellation «Aufnahme Ukraine-Flüchtlinge» (Nr. 2022-98) wird einstimmig beschlossen.</i>	2022-98
<i>://: Einstimmig wird die Dringlichkeit der Interpellation «Schulbesuch Ukraine-Flüchtlinge» (Nr. 2022-99) beschlossen.</i>	2022-99
<i>://: Wegen der fehlenden 2/3-Mehrheit wird die Dringlichkeit des Postulates «Parkleitsystem vor Änderung Parkgebühren» (Nr. 2022-104) bei 20 Ja-Stimmen gegen 16 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.</i>	2022-104
1. Aufnahme von Ukraine-Flüchtlingen – Dringliche Interpellation zur Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Ukraine-Krieg von Bernhard Bonjour namens der SP-Fraktion <i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i>	2022-98
2. Schulbesuch von Ukraine-Flüchtlingen – Dringliche Interpellation zum Schulbesuch von Flüchtlingen aus dem Ukraine-Krieg von Bernhard Bonjour namens der SP-Fraktion <i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i>	2022-99
3. Protokoll der Ratssitzung vom 23. Februar 2022 <i>://: Das Protokoll der Ratssitzung vom 23.02.2022 wird einstimmig genehmigt.</i>	-
4. Ersatzwahl in Büro des Einwohnerrates <i>://: Gemäss Wahlvorschlag der FDP-Fraktion wird einstimmig Daniel Schwörer anstelle von Bruno Imsand (FDP) in das Ratsbüro gewählt.</i>	2022-94

- | | | |
|-----|---|---|
| 5. | <p>Entwicklungs- und Finanzplan 2022-2026 – Berichte Stadtrat, Finanzkommission (FIKO), Bau- und Planungskommission (BPK) sowie Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK)</p> <p><i>://: Vom Entwicklungs- und Finanzplan 2022-2026 der vier Rechnerkreise (Einwohnerkasse, Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Abfallbeseitigung) wird einstimmig Kenntnis genommen.</i></p> <p><i>://: Der Stellenplan wird einstimmig zur Kenntnis genommen.</i></p> | <p>2021-71
2021-71a
2021-71b
2021-71c</p> |
| 6. | <p>Familienergänzende Kinderbetreuung, FEB-Reglement – Berichte Stadtrat sowie Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) zum FEB-Reglement (Nr. 2021-80), zum Postulat Nr. 2020/188 betreffend Kinderbetreuung in Liestal der SP Liestal sowie zum Postulat Nr. 2021-41 «Eine Strategie der Frühen Förderung für Liestal» von Lisa Faust der Grünen Fraktion, Dominique Meschberger der SP-Fraktion, Susi Thommen der CVP/EVP/GLP-Fraktion und Richard Gafner der FDP-Fraktion</p> <p><i>://: Der Einwohnerrat genehmigt einstimmig das FEB-Reglement gemäss Synopse und Vorlage Nr. 2021-80a der Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) mit den beschlossenen Änderungen.</i></p> <p><i>://: Der Einwohnerrat schreibt das Postulat Nr. 2020/188 «Kinderbetreuung» der SP Liestal und Umgebung einstimmig als erfüllt ab.</i></p> <p><i>://: Das Postulat Nr. 2021-41 «Eine Strategie der frühen Förderung für Liestal» von Lisa Faust wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.</i></p> | <p>2021-80
2021-80a
2020/188
2020/188a
2021-41
2021-41a</p> |
| 7. | <p>Parkleitsystem: Kreditantrag zur Realisierung</p> <p><i>://: Die stadträtliche Vorlage wird mit grossem Mehr an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.</i></p> | <p>2022-92</p> |
| 8. | <p>Zugänglichkeit zu Sportanlagen Gitterli – Postulat «Zugänglichkeit von Skaterpark, Beachvolleyballfeld, geplanter Pumptrak auf dem Areal der Sportanlagen Gitterli» von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion, Dominik Beeler und Natalie Oberholzer der Grünen Fraktion</p> <p><i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i></p> | <p>2021-83</p> |
| 9. | <p>Überalterung-Konsequenzen – Interpellation «Die demographische Entwicklung (Überalterung) und die Konsequenzen daraus für die Stadt Liestal» von Daniel Jurt der SVP-Fraktion</p> <p><i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i></p> | <p>2021-84</p> |
| 10. | <p>Sammelvorlage zur Beantwortung der Postulate</p> <ul style="list-style-type: none"> • «Ruftaxi statt Ortsbus: Mehr öV zum kleinen Preis» von Stefan Fraefel und Yves Jenni der CVP/EVP/GLP-Fraktion • «Stillstandzeiten nutzen» von Domenic Schneider und Yves Jenni der CVP/EVP/GLP-Fraktion • «Quartierserschliessung» von Pascale Meschberger namens der SP-Fraktion <p><i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i></p> | <p>2022-87
2020-16
2020-18
2020-20</p> |

11. Tiergartenstrasse – Motion «Neuer Teil der Tiergartenstrasse – bauliche Entschärfung der Gefährlichkeit notwendig» von Dominique Meschberger der SP-Fraktion, Sonja Niederhauser der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion, Daniel Schwörer der FDP-Fraktion, Markus Rudin der SVP-Fraktion und Sibylle Schenker der Grünen Fraktion
Absetzung von der Traktandenliste. 2022-86
12. Feuerwerk – Interpellation «Illegales Feuerwerk an Silvester» von Stefan Fraefel der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion
Vertagung wegen Zeitmangel. 2022-88
13. Bäume Emma Herwegh-Platz – Postulat «Bäume auf dem Emma Herwegh-Platz» von Domenic Schneider der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion
Rückzug von Vorstoss durch Postulanten. 2022-90
14. Steuerreformen – Interpellation zu den Auswirkungen der Steuerreformen auf Liestal von Bernhard Bonjour namens der SP-Fraktion
Vertagung wegen Zeitmangel. 2022-93
2022-93a

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) begrüsst die Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder sowie Medienvertreter und Gäste zur heutigen Sitzung.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Vom Ratsbüro werden folgende Mitteilungen gemacht:

- An der letzten Bürositzung wurden verschiedene Massnahmen beschlossen, welche auch nach Aufhebung des Corona-Schutzkonzeptes auf Zusehen hin beibehalten werden:
 - Die Votanten bleiben bei ihren Wortmeldungen sitzen.
 - Der Sitzplan mit Sicherheitsabstand wird belassen.
 - An den Ratssitzungen werden nur dringliche Vorstösse als Tischpapiere verteilt und die Verteilung von Tischpapieren soll grundsätzlich nur in Ausnahmefällen vorkommen.
 - Die laminierten Stimmausweise (Format A6, rot) sind von den Ratsmitgliedern weiterhin an die Sitzungen mitzubringen und werden nicht jedes Mal neu verteilt.
- Wie früher werden die Kommissionsberichte wieder vorne im Saal, neben dem Platz des Vizepräsidiums, von den Präsidenten vorgestellt.
- Gemäss Rückmeldung der Fraktionen sowie Beschluss des Ratsbüros vom 24. März 2022 werden erstmals beim Protokoll der heutigen Sitzung folgende Änderungen bezüglich den Fraktions- und Parteibezeichnungen vorgenommen:
 - Bei den Fraktionssprechern wird weiterhin die Fraktionsbezeichnung protokolliert.
 - Bei Einzelrednern wird neu nur noch die Parteizugehörigkeit festgehalten.
- Im Anschluss an die nächste Ratssitzung vom 27. April 2022 findet um 19.00 Uhr der Jubiläumsanlass «50 Jahre Einwohnerrat Liestal» statt. Gemäss Rückmeldungen der Ratsmitglieder verzichten 38 der 40 Ratsmitglieder auf das Sitzungsgeld zu Gunsten des Jubiläumsanlasses.
- Das Büro hat den Amtsbericht 2021 (Nr. 2022-91) formell an die Geschäftsprüfungskommission zur Vorberatung überwiesen. Das Geschäft wird auf die Sitzung vom 29. Juni 2022 traktandiert.
- Die heutige Sitzung dauert bis ca. 20.00 Uhr und wird um ca. 18.30 Uhr durch eine kurze Pause unterbrochen.
- Es wird darauf hingewiesen, dass Konsumationen im Landratsaal nicht erlaubt sind, Getränke an den Automaten in der Cafeteria bezogen und dort auch konsumiert werden sollen. Die Mineralwasser-Fläschli in den Vorzimmern des Landratsaal sind nicht für den Einwohnerrat bestimmt.

Tischpapiere

Es wurden keine Tischpapiere verteilt. Die 3 dringlichen Vorstösse Nr. 2022-98, Nr. 2022-99 und Nr. 2022-104 können beim Eingang in den Landratssaal als Tischpapiere bezogen werden.

Neue persönliche Vorstösse

- Kultur, Sport- und Vereinspass – Postulat «Kultur, Sport- und Vereinspass für Armutsbetroffene» von Anja Weyeneth der SP-Fraktion, Domenic Schneider der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion, Sibylle Schenker der Grünen Fraktion (Nr. 2022-95)
- Aufnahme Ukraine-Flüchtlinge – Dringliche Interpellation zur Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Ukraine-Krieg von Bernhard Bonjour namens der SP-Fraktion (Nr. 2022-98)
- Schulbesuch Ukraine-Flüchtlinge – Dringliche Interpellation zum Schulbesuch von Flüchtlingen aus dem Ukraine-Krieg von Bernhard Bonjour namens der SP-Fraktion (Nr. 2022-99)
- Vandalismus – Interpellation betreffend Vandalismus von Lukas Heinzelmann namens der SVP-Fraktion (Nr. 2022-100)
- Wehrmannsdenkmal – Interpellation betreffend Wehrmannsdenkmal von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion (Nr. 2022-101)
- Büchelistrasse, Durchgangsverkehr – Postulat «MEIN LIESTAL – Büchelistrasse vom Durchgangsverkehr entlasten» von Thomas Eugster namens der FDP-Fraktion (Nr. 2022-102)
- Hochhauskonzept – Postulat «Ein Hochhauskonzept für Liestal» von Yves Jenni der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion (Nr. 2022-103)
- Parkleitsystem vor Änderung Parkgebühren – Dringliches Postulat «Das Pferd nicht am Schwanz aufzäumen – Parkleitsystem vor Änderung Parkgebühren realisieren!» von Thomas Eugster namens der FDP-Fraktion (Nr. 2022-104)

Stimmenzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmenzähler/innen bestimmt:

- | | |
|--|---|
| - Yves Jenny (GLP/EVP/Die Mitte, Ersatzmitgl.) | Seite A (SP, Teil GL) |
| - Thomas Eugster (FDP) | Seite B (SVP, GLP/EVP/Die Mitte, Teil GL) |
| - Anja Weyeneth (SP) | Seite C (FDP) + Präsidium |

Mitteilungen Stadtrat

Stadträtin Regula Nebiker orientiert darüber, dass der Stadtrat vorgängig der Behandlung der beiden dringlichen Interpellationen Nr. 2022-98 und Nr. 2022-99 bezüglich den Ukraine-Kriegsflüchtlingen informieren möchte. Anschliessend kann dann über die Fragen der Interpellanten diskutiert und Inputs aus dem Rat aufgenommen werden. Sie möchte festhalten, dass alle Flüchtlinge gleich behandelt werden, wobei bei den Ukraine-Flüchtlingen eine grosse private Hilfsbereitschaft und auch von Hilfsorganisationen hinzukommt. Bereits am 16. März 2022 ist auf der Homepage der Liestal eine Information mit einem Meldeformular aufgeschaltet und alleine damit sind 60 Plätze für Privatunterkünfte gemeldet worden. Aktuell sind 29 Personen aus der Ukraine als Flüchtlinge gemeldet, doch solche Zahlen sind mit Vorsicht zu geniessen, da diese ja mit dem Touristenstatus einreisen können und sich nicht zuallererst auf der Gemeinde anmelden müssen, wie dies üblich ist. Ab dem Anmeldedatum erhalten die Flüchtlinge dann auch Unterstützung. 16 Personen sind von Privatunterkünften und 13 Personen haben sich direkt gemeldet. Diese sind nicht wegen einer Kontingentszuteilung nach Liestal gekommen, sondern haben auf privatem Weg zu uns gefunden. Im Falle einer späteren Kontingent-Zuteilung werden aber auch Flüchtlinge in Privatunterkünften angerechnet. Die Flüchtlinge werden von der Sozialberatung bzw. der Firma Convalere in Pratteln betreut. Bei den Flüchtlingen handelt es sich vorwiegend um Frauen mit Kindern und diese finden sich bei uns relativ gut zurecht, so dass sie bereits nach wenigen Tagen die Schule besuchen können. Es ist mit einer grösseren Zahl an Flüchtlingen zu rechnen, welche Hilfe beanspruchen müssen. Private Unterstützungen braucht es auf verschiedenen Ebenen. Es ist wichtig, dass all die vielen Angebote koordiniert werden und so wurde auch der Runde Tisch «Asyl» mit Vertretern der Verwaltung, Hilfswerken, den Kirchgemeinden, dem Kanton usw. wieder reaktiviert.

Stadtrat Lukas Felix ergänzt bezüglich den Schulbesuchen von Ukraine-Kriegsflüchtlingen, dass Liestal glücklicherweise schon über Strukturen für fremdsprachige Kinder verfügt und somit ist relativ schnell eine Integration in der Primarschule möglich. Bisher wurden 5 Kinder aus der Ukraine in der Schule aufgenommen. Ab der 2. Schulklasse können die Kinder die Fremdsprachenklasse im Rotackerschulhaus besuchen. Die anderen Kinder werden in den Regelklassen oder direkt im Kindergarten integriert, wo sie zusätzlich zum regulären Unterricht noch Deutschunterricht erhalten. Auch auf der Sekundarstufe können Fremdsprachenklassen besucht werden. Die Fremdsprachenklasse hat sich bezüglich der Deutschkenntnisse und Integration in die sozialen Strukturen der Schweiz gut bewährt. Diese wird als Mehrjahresklasse für maximal 13 Kinder geführt und spätestens nach einem Jahr können die Kinder in der Regel wieder problemlos in die normalen Klassen integriert werden.

Stadtrat Lukas Felix kann zudem die erfreuliche Mitteilung machen, dass Frau Monika Feller im März als neue Bereichsleiterin Bildung/Sport ab 1. Juni 2022 gewählt wurde. Ferner ist sie vom Schulrat als Rektorin für die Primarstufe Liestal gewählt worden. Mit Frau Feller konnte eine sehr kompetente Person gewonnen werden und man freut sich auf die Zusammenarbeit mit ihr.

Stadträtin Marie-Theres Beeler informiert anhand einer Powerpoint-Präsentation über den aktuellen Stand des SBB-Bahnhofareal in Liestal: Beim Emma Herwegh-Platz wird der Zugangsweg zum provisorischen Busbahnhof erstellt, welcher ab September in Betrieb genommen wird. Vor der Kantonsbibliothek konnten 5 Bäume auf dem Emma Herwegh-Platz erhalten werden. Die Ausbauarbeiten bei der Spitalstrasse sollten Ende Juni abgeschlossen sein. Bei der Wiedenhubstrasse sind die Lärmschutzwände erstellt, es müssen noch Strassenbelagsarbeiten sowie die Begrünung vorgenommen werden. Das Gleis 4 für die Züge in Richtung Basel wird ab 25. Juli 2022 in Betrieb genommen. Die PU Sichern ist im Rohbau erstellt. Die Perrons werden bald fertig sein, so dass im September/Oktobre die alten Perrondächer demontiert werden können. Die Personenunterführungen für die Unterquerung der Bahngeleise sollten Ende April zur Verfügung stehen. Erfreulich ist, dass es ab 19. April 2022 einen

provisorischen Fussweg bei der Oristalunterführung geben wird. In diesen Tagen wird ein Anwohner-Infoschreiben verteilt, in welchem unter anderem über die bevorstehenden Bahnhof-Querungen informiert wird. Bei der PU Oristal werden die Endmontagearbeiten wie Geländer, Handläufe usw. ausgeführt. Es gibt einen Pedi-Bus zum Kindergarten Schwieri sowie Schulhaus Rotacker dank dem Engagement der Bevölkerung bzw. Eltern. Beim Orisbach ist die Untertunnelung fertig erstellt. Beim Schwieriweg wird es schrittweise Veränderungen bezüglich der Querungssituation geben. Beim Burggraben-Einschnitt ist mit lärmigen Arbeiten auch während der Nacht bis am 7. April 2022 zu rechnen. Bei der Seltisbergerbrücke werden aktuell Strassenarbeiten durchgeführt. Die Frenkenbrücke ist verbreitert worden und sollte ab 30. April 2022 wieder befahrbar sein.

Stadtrat Marie-Theres Beeler berichtet, dass das neue Friedhofreglement bzw. die neuen Grabformen wie Urnengarten, Grabfeld für Sternenkinder usw. ab 1. April 2022 zur Verfügung stehen. Diesbezüglich wird noch auf der Homepage informiert. Dank einer grosszügigen Spende der Prader-Fehr-Stiftung kann ein Begegnungsort mit Bänkli, Wasserspiel usw. geben.

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Hanspeter Meyer (SVP) informiert darüber, dass sich die OK-Mitglieder «50 Jahre Einwohner-
rat Liestal» in der Pause der heutigen Sitzung kurz treffen. Er kann nach Umfrage feststellen, dass alle anwesenden Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder beim Jubiläumsanlass im Anschluss an die Ratssitzung vom 27. April 2022 präsent sein werden.

Traktandenliste

Domenic Schneider (GLP) informiert darüber, dass er sein Postulat «Bäume auf dem Herwegh-Platz» (Nr. 2022-90) zurückziehe. Der Stadtrat hatte diesbezüglich an der letzten und auch heutigen Sitzung informiert, zudem hat er bereits Antworten der Verwaltung auf seine Fragen erhalten.

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt namens des Büros den Antrag, dass das Traktandum Nr. 9 «Tiergartenstrasse», Motion Nr. 2022-86, von der Traktandenliste der heutigen Sitzung abgesetzt wird, da sich Motionär Daniel Schwörer für die heutige Sitzung entschuldigen lassen musste.

Er kann nach Umfrage feststellen, dass aus dem Rat zu diesem Antrag keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Geschäft «Tiergartenstrasse» (Motion Nr. 2022-86) wird einstimmig von der Traktandenliste abgesetzt.

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt fest, dass für die heutige Sitzung gleich 3 dringliche Vorstösse eingereicht wurden. Neue Vorstösse würden gemäss § 48 des Geschäftsreglementes sofort behandelt, falls 2/3 der anwesenden Ratsmitglieder die Dringlichkeit beschliessen. Bei der Behandlung der dringlichen Vorstösse werden diese jeweils von der Vizepräsidentin projiziert. Die Verfasser der Vorstösse und Ratsmitglieder möchten sich bei der Traktandenlisten-Bereinigung ausschliesslich zur Dringlichkeit äussern.

Bernhard Bonjour (SP) begründet die Dringlichkeit der Interpellation Nr. 2022-98 «Aufnahme von Ukraine-Flüchtlingen» damit, es dem Rat möglich wäre, nach der Dringlichkeitserklärung noch Ideen sowie Fragen einzubringen, welche vom Stadtrat mitgenommen werden können.

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt fest, dass keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Die Dringlichkeit der Interpellation «Aufnahme Ukraine-Flüchtlinge» (Nr. 2022-98) wird einstimmig beschlossen.

Bernhard Bonjour (SP) stellt fest, dass er die Dringlichkeit der Interpellation Nr. 2022-99 «Schulbesuch von Ukraine-Flüchtlingen» bereits vorgängig begründet hatte.

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt fest, dass keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Einstimmig wird die Dringlichkeit der Interpellation «Schulbesuch Ukraine-Flüchtlinge» (Nr. 2022-99) beschlossen.

Thomas Eugster (FDP) begründet die Dringlichkeit des Postulates Nr. 2022-104 «Parkleitsystem vor Änderung Parkgebühren» damit, dass sich diese aus der Terminalsituation heraus ergibt, wird doch die Parkiergebühren-Anpassung bereits ab anfangs Mai vorgenommen. Und wenn man etwas an der Reihenfolge gemäss Vorschlag der Postulanten ändern möchte, müsste man dies heute entscheiden.

Benjamin Holinger (GL) irritiert der Vorstoss und die angebliche Dringlichkeit. Auch hat er grundsätzlich wenig Verständnis für das neue Postulat, waren doch das strukturelle Defizit, die schlecht Selbstfinanzierung und der immer grösser werdende Schuldenberg in vergangener Zeit immer wieder ein Thema. Im Rahmen der Budget- und Entwicklungsplan-Debatte wurde zudem die stadträtliche Aufgabenüberprüfung geprüft und diskutiert. In diesem Zusammenhang wurde von allen Fraktionen zugesichert, dass man den Stadtrat bei seinen Bestrebungen im Zusammenhang mit der Aufgabenüberprüfung unterstützen werde, wozu unter anderem auch die Parkiergebühren-Mehreinnahmen gehören. An der letzten Einwohnerratsitzung ist von Stadtrat Daniel Muri eindrücklich und persönlich erklärt worden, wie schwierig die Umsetzung der neuen Parkierungsverordnung ist und dass sehr viel Polemik gemacht wird. Die anschliessende FDP-Fraktionserklärung hatte sicher auch nicht zur Unterstützung des Stadtrates im Zusammenhang mit der Aufgabenüberprüfung beigetragen. Die bisher gewährte Gratis-Parkierstunde ist ja nichts anderes als eine versteckte Subvention und wir wissen alle, dass diese nicht innovationsfördernd sind. Und wenn wir heute nun die Dringlichkeit des Vorstosses Nr. 2022-104 beschliessen, machen wir nichts anderes, als bei der erstbesten Gelegenheit dem Stadtrat bei der Umsetzung der Aufgabenüberprüfung einen Stein in den Weg zu legen. Die Dringlichkeit des Postulates Nr. 2022-104 soll deshalb abgelehnt werden.

Hanspeter Meyer (SVP) führt aus, dass auch seine Fraktion der Umsetzung der Aufgabenüberprüfungsprojekte zugestimmt hatte, unter der Voraussetzung, dass man bezüglich der Parksituation eine vernünftige Lösung finden muss. Der stadträtliche Vorschlag für die Parkgebühren-Änderungen ist aber nun absolut unvernünftig, weshalb man auch die Dringlichkeit des Vorstosses Nr. 2022-104 unterstützen wird, damit gegebenenfalls noch Korrekturen vorgenommen werden können.

Domenic Schnieder (GLP) meint, dass wenn man über dieses Geschäft diskutieren möchte, so müsste man dies schon an der heutigen Sitzung tun, sonst wäre es wohl zu spät.

Thomas Eugster (FDP) hält fest, dass man die Aufgabenüberprüfung mit dem neuen Vorstoss nicht übersteuern möchte. Die Dringlichkeit ist wegen der Terminplanung gegeben und wenn man die Inkraftsetzung der Parkgebühren-Änderungen hier im Rat diskutieren möchte, so müsste man jetzt auch der Dringlichkeit des Postulates Nr. 2022-104 zustimmen.

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt fest, dass zum Antrag des Büros keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Wegen der fehlenden 2/3-Mehrheit bei 20 Ja-Stimmen gegen 16 Nein-Stimmen sowie 1 Enthaltung wird die Dringlichkeit des Postulates «Parkleitsystem vor Änderung Parkgebühren» (Nr. 2022-104) abgelehnt.

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) kann nach Umfrage feststellen, dass bezüglich der Traktandenliste keine Wortbegehren angemeldet werden und die Geschäfte gemäss Einladungsschreiben vom 16. März 2022 mit den vorgängig beschlossenen Änderungen abgewickelt werden.

155 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Aufnahme von Ukraine-Flüchtlingen – Dringliche Interpellation zur Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Ukraine-Krieg von Bernhard Bonjour namens der SP-Fraktion (Nr. 2022-98)

Stadträtin Regula Nebiker hält fest, dass sie sich bezüglich den Ukraine-Flüchtlingen bereits vorgängig bei stadträtlichen Mitteilungen geäußert hatte. Zu den Fragen der Interpellanten nimmt sie wie folgt Stellung:

Frage 1: Der Zuweisungsstopp ist so gar kein Thema mehr. Falls nötig, würde es auch wieder Zuweisungen geben und im Moment hätte man auch keine Probleme, weitere Flüchtlinge aufzunehmen.

Frage 2: Diese Frage hatte sie bereits bei den Mitteilungen des Stadtrates beantwortet.

Frage 3: Diese Frage wird leider wohl auf der ganzen Welt niemand beantworten können.

Frage 4: Soweit möglich, werden die Flüchtlinge privat untergebracht.

Frage 5: Hilfeleistungen an Private werden angeboten und diesbezüglich kann der Kanton sowie die Stadtverwaltung informieren.

Frage 6: Der Stadtrat hält daran fest und wird alle Flüchtlinge gleich behandeln.

Bernhard Bonjour (SP) ist zufrieden mit der stadträtlichen Beantwortung und wünscht die Diskussion.

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion bewilligt wird.

Bernhard Bonjour (SP) dankt als Interpellant für die positiven Antworten des Stadtrates im Zusammenhang mit der Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine. Die Unterbringung ist dank der privaten Unterstützung möglich und auch in Liestal ist die Solidarität sehr positiv. Bei der fünften Frage ist es den Interpellanten eigentlich nicht um die materielle Unterstützung gegangen, denn die Aufnahme von Flüchtlingen ist nicht so einfach und bedarf Beratungen und Unterstützungen, wofür auch verschiedene Institutionen zur Verfügung stehen. Bei einem Gespräch mit einer Fachfrau, welche sich auch bei der Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine engagiert, hatte er einiges erfahren. So ist es gut, dass das Institut für osteuropäische Studien in Basel nicht ganz gestrichen wurde, denn sonst könnten wir heute beispielsweise nicht auf diese Fachleute zurückgreifen. Ein grosses Problem sind die Kinder, da diese in der Ukraine gemeinschaftlich in Tagesstätten betreut werden. Dieses Angebot wird auch in der Schweiz erwartet, da die Mütter möglichst schnell Deutsch lernen und dann arbeiten möchten. Ein Nachteil ist es auch für die Kinder, dass sie all die Schrecken und Geschehnisse des Krieges mitkriegen, wenn sie sich immer zu Hause aufhalten, da der Kontakt zu Verwandten und Bekannten in der Ukraine ja noch immer möglich ist. Deshalb ist die Betreuung von Kindern im Vor-Kindergartenalter wichtig. Auch findet man in der Ukraine praktisch alle staatlichen und gemeinschaftlichen Einrichtungen in der Stadt und nicht auf dem Land, weshalb es die Flüchtlinge aus der Ukraine meist in Grossstädte zieht. Die Ukrainer sind auch ganz verschieden Individien und sie haben beispielsweise andere Wertvorstellungen bzgl. Rassismus usw. Die grosse Solidarität und Hilfsbereitschaft der Bevölkerung ist nötig und wichtig, was schlussendlich auch unserer Gesellschaft gut tut.

Lena Schenker (GL) dankt namens der Grünen Fraktion für die beiden Vorstösse der SP-Fraktion sowie die stadträtlichen Antworten und Ausführungen. Sehr viel hängt im Moment vom Angebot an Privatunterkünften ab und es würde ihre Fraktion noch interessieren, ob es diesbezüglich auch Pläne der Stadt gibt bzw. ob diese gar leerstehende Wohnräume zur Verfügung stellen könnte.

Vreni Wunderlin (GLP) erwähnt, dass sich beispielsweise auch die Reformierte Kirchgemeinde engagiert und die Gruppe diakonisches Handeln beispielsweise auch Dolmetscher organisiert, Kindergruppen werden gebildet, Räume zur Verfügung gestellt usw.

Natalie Oberholzer (GL) hält fest, dass sich gemäss stadträtlichen Aussage rund 60 Private mit dem Anmeldeformular der Liestaler-Homepage gemeldet haben. Wie ist die Kommunikation mit diesen Privatpersonen geplant?

Benjamin Erni (EVP) findet es wichtig, dass die Flüchtlings- und auch die Gastfamilien eine gute Begleitung erhalten. Damit es für alle Beteiligten gewinnbringend ist, braucht es einen guten Informationsaustausch, bevor die Flüchtlinge in die Familie kommen. Der Informationsaustausch ist auch während der gemeinsamen Zeit wichtig. Es muss abgeklärt werden, welche Konstellationen wie beispielsweise das Kindesalter der Gast- und Flüchtlingsfamilie zusammen passen und welche Herausforderungen, Kulturunterschiede und Ansprüche auf die verschiedenen Parteien zukommen könnten.

Stadträtin Regula Nebiker bemerkt, dass für die Unterbringung von Flüchtlingen keine leerstehenden Gebäude umgenutzt werden müssen. Es wäre natürlich gut, wenn wir das neue Wohnheim für Asylbewerber hätten, doch diesbezüglich wird dem Rat bald einmal eine stadträtliche Vorlage unterbreitet. Viele Flüchtlinge haben klare Vorstellungen und müssen wohl kaum für längere Zeit unterstützt werden. All diejenigen, die sich auf den Anmeldetalon gemeldet haben, sollten auch eine Rückbestätigung bekommen haben und gegebenenfalls auch konkret begleitet und unterstützt werden.

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.

156 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Schulbesuch von Ukraine-Flüchtlingen – Dringliche Interpellation zum Schulbesuch von Flüchtlingen aus dem Ukraine-Krieg von Bernhard Bonjour namens der SP-Fraktion (Nr. 2022-99)

Stadtrat Lukas Felix stellt fest, dass er verschiedene Fragen der Interpellanten wohl bereits bei seiner vorgängig gemachten stadträtlichen Mitteilung beantwortet hatte, diese wegen der Vollständigkeit aber doch nochmals kurz punktuell durchgehen möchte:

Zur Frage 1: Die Integration von Kindern in die Schule ist möglich, sobald sich diese in der Gemeinde angemeldet haben, denn ab dann gilt ja die verfassungsmässige Schulpflicht. Natürlich wird man kein Flüchtlingskind dazu drängen, die Schule gleich vom ersten Tag an zu besuchen.

Zur Frage 2: Diese Frage hatte er mit der stadträtlichen Mitteilung bereits beantwortet.

Zur Frage 3: Die Frage bezüglich den erwarteten Kinder in den nächsten Wochen kann er nicht beantworten. Die Erweiterung der Schul- und Klassenangebote muss natürlich überwacht und ggf. angepasst werden.

Zur Frage 4: Diese Frage hatte er mit der stadträtlichen Mitteilung bereits beantwortet.

Zur Frage 5: Diese Frage hatte er mit der stadträtlichen Mitteilung bereits beantwortet.

Zur Frage 6: Ja, es gibt beispielsweise Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan und anderen Regionen, welche im Kindergarten- und Primarschulalter integriert werden müssen und für welche auch eine Fremdsprachenklasse geführt wird.

Zur Frage 7: Der Austausch mit den Eltern passiert mit Mediatoren, Dolmetschern usw. Auch werden Vertrauenspersonen beigezogen, sollte dies Sinn machen und/oder nötig sein.

Auch möchte er bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, dass in Liestal das Angebot «Deutsch für Migrantinnen» besteht.

Bernhard Bonjour (SP) dankt für die stadträtliche Beantwortung der Interpellation und wünscht die Diskussion, damit sich gegebenenfalls andere Ratsmitglieder auch noch zum Thema äussern können.

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion bewilligt wird.

Bernhard Bonjour (SP) möchte noch etwas zum Thema Tagesstätten für Kinder erfahren, welche noch nicht im Kindergarten- oder Schulalter sind.

Stadtrat Lukas Felix erklärt, dass für Kinder, welche den Kindergarten oder die Primarschule noch nicht besuchen können, ein Tagesstätten-Angebot organisiert wird.

Stadträtin Regula Nebiker ergänzt, dass ein solches Betreuungsangebot angesichts der Arbeitsintegration erwachsener Flüchtlinge Sinn macht.

Vreni Wunderlin (GLP) meint, dass es durchaus Sinn machen würde, wenn die Schulen auch mit Nachbargemeinden zusammenarbeiten würden und beispielsweise ein einzelnes Kind aus Reigoldswil auch in Liestal zur Schule gehen könnte.

Sibylle Schenker (GL) weist darauf hin, dass es gemäss Schulraumplanung schon bald einmal eng werden dürfte, da wohl noch viele Kinder aus der Ukraine in Liestal ankommen werden, was gegebenenfalls eine Angebotserweiterung an Fremdsprachenklassen nötig macht. In Muttenz ist beispielsweise eine Schulklasse mit ukrainischen Schülern gebildet worden, welche von einer Mutter bzw. Lehrkraft aus der Ukraine unterrichtet werden.

Daniel Jurt (SVP) findet es wichtig, dass nicht bei jedem Wohnsitzwechsel gleich auch wieder die Klasse gewechselt werden muss.

Stadtrat Lukas Felix informiert darüber, dass die Fremdsprachen-Klasse bereits bisher auch von Kindern aus umliegenden Nachbargemeinden genutzt wurde.

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.

157 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Protokoll der Ratssitzung vom 23. Februar 2022

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) orientiert, dass beim Büro keine Änderungsanträge eingegangen sind. Das Büro beantragt deshalb dem Rat, das Protokoll zu genehmigen. Er kann feststellen, dass keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Protokoll der Ratssitzung vom 23. Februar 2022 wird einstimmig genehmigt.

158 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Ersatzwahl in Büro des Einwohnerrates (Nr. 2022-94)

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt nach Umfrage fest, dass zum Geschäft keine Wortbegehren angemeldet werden und sich der Rat damit einverstanden erklären kann, dass die Wahl offen erfolgt.

://: Gemäss Wahlvorschlag der FDP-Fraktion wird anstelle von Bruno Imsand (FDP) neu Daniel Schwörer (FDP) einstimmig in das Büro des Einwohnerrates gewählt.

159 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Entwicklungs- und Finanzplan 2022-2026 (Nr. 2021-71) – Berichte Stadtrat, Finanzkommission (FIKO), Bau- und Planungskommission (BPK) sowie Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK)

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) informiert, dass das Geschäft nach folgendem Ablauf behandelt werden soll:

- a) *Eintreten*
- b) *Bericht FIKO (Nr. 2021-71a)*
- c) *Bericht BPK (Nr. 2021-71b)*
- d) *Bericht SBK (Nr. 2021-71c)*
- e) *Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen*
- f) *Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung*
- g) *Einzelredner: Stellungnahmen*
- h) *Anträge*

a) Eintreten

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) kann nach Umfrage feststellen, dass das Eintreten unbestritten ist.

b) Bericht FIKO (Nr. 2021-71a)

Bruno Imsand (FDP) stellt als Vizepräsident der FIKO den Kommissionsbericht der Finanzkommission gemäss Vorlage Nr. 2021-71a vor: Trotz Kürzungen ist der FIKO-Bericht noch immer recht umfangreich geworden. Ein Schwerpunkt war das Bevölkerungswachstum und die daraus resultierenden Mehr-Steuererträge. Für die FIKO ist ein Wachstum von rund 200 Personen pro Jahr nachvollziehbar. Bezüglich dem Liegenschaftsunterhalt konnte der FIKO dargelegt werden, dass die stadt eigenen Liegenschaften professionell verwaltet sowie die finanziellen Mittel optimal eingesetzt werden. Hierfür wurden am Beispiel des Schulhaus Rotacker detaillierte Erklärungen abgegeben. Hinsichtlich der Schuldenbewirtschaftung kann festgestellt werden, dass sich die Verantwortlichen der Verwaltung durchaus den Zinsenänderungsrisiken bewusst sind und die Schuldenbewirtschaftung sowie die Liquidität nach aktuellen Portfolio-Methoden erfolgt. Auch beim besten Management wird Liestal aber auch weiterhin stark verschuldet bleiben. Auch hinsichtlich den Aufgabenüberprüfung-Massnahmen steht die FIKO hinter den Vorschlägen sowie Massnahmen des Stadtrates. Bei der Würdigung darf festgestellt werden, dass es sich auch beim EP 2022-2026 um ein sehr umfangreiches und informatives Papier handelt. Stadtrat und Verwaltung arbeiten effizient und diese möchten die Effizienz mit technischen Hilfsmitteln so unterstützen, dass auch bei einem weiteren Bevölkerungswachstum der Stellenplan nicht erhöht werden muss. Die strategischen Zielsetzungen des Stadtrates sind klar formuliert, wobei diese von der FIKO auch nachvollziehbar sind und unterstützt werden können. Leider ist der auch der vorliegende EP hinsichtlich der zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben nicht wesentlich besser oder anders als die letzten Entwicklungspläne. Auch beim EP 2022-2026 handelt es sich um eine Momentaufnahme im Zeitpunkt der Berichterstattung und so sind in diesem mögliche Konsequenzen hinsichtlich den bevorstehenden Steuergesetzrevisionen ausgewiesen. Einzig auf Seite 4 des FIKO-Berichtes werden Szenarien hinsichtlich verschiedener finanzieller Entwicklungen abgebildet. Namens der

FIKO möchte er nochmals allen Beteiligten den besten Dank aussprechen, welche zur EP-Ausarbeitung etwas beigetragen oder diesbezügliche Fragen der Kommissionen beantwortet haben. Die FIKO stimmt den beiden stadträtlichen Anträgen einstimmig zu.

c) Bericht BPK (Nr. 2021-71b)

Werner Fischer (FDP) stellt den BPK-Bericht Nr. 2021-71b vor: Der Stadtrat hat unter den strategischen Handlungsfeldern das Thema „Freiräume in Liestal erhalten und aufwerten“ aufgenommen. Mit Eigenleistungen und finanziellen Mitteln einer Stiftung konnte beispielsweise beim Friedhof ein Projekt realisiert werden, wie dies heute bei den stadträtlichen Mitteilungen mitgeteilt wurde. Die Biodiversität wird auf eigenen Flächen gefördert und Massnahmen im Zusammenhang mit Quartierplanungen usw. gefordert. Auch der Neophytenstag stösst immer wieder auf grosses Interesse und diesbezüglich sollte die Stadt gegenüber dem Kanton mit dem guten Beispiel vorangehen. Die Bachläufe der Ergolz, des Orisbachs sowie der Frenke sind natürliche Korridore für Tiere und Pflanzen und machen zudem die Naturräume erlebbar. Bezüglich den Verkehrsflächen und dem Tiefbau kann die Stadt oftmals von Synergien profitieren, weil man sich bei Bauprojekten der SBB, BLT, EBL usw. abspricht. Bei der Wasserversorgung sei speziell der längere Leitungsersatz in der Industriestrasse sowie der Ersatz der alten Reservoire erwähnt. Präventionsmassnahmen im Zusammenhang mit dem Littering sind im Abfallbereich ein Dauerthema. So werden beispielsweise Aufräumaktionen im Wald in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung und der Bürgergemeinde lanciert. Die Abfallgebühren mussten ab 2022 wieder erhöht werden, was etwas Missmut bei der Umsetzung gegeben hatte. Weitere Gebührenerhöhungen ab 2024 sind schrittweise nötig. Bei der Deponie Höli wird vertraglich die Gesamtvolumenbegrenzung definiert und somit kann in den nächsten drei Jahren die Erweiterung des Projektes Höli Plus in Angriff genommen werden. Auch die Stadt Liestal wird dann am Erfolg partizipieren können. Bei den Schulbauten wird auf die Berichterstattungen der FIKO und BPK verwiesen, wobei der gigantische Investitionsstau in diesem Bereich schon Kopfzerbrechen bereitet, weshalb im nächsten Entwicklungsplan möglich Lösungen aufgezeigt werden sollten. Aktuell wird ja viel in die SBB-Projekte mit der neuen Velostation sowie den neuen Velowegverbindungen investiert. Im Zusammenhang mit dem QP Lüdlin-Areal sieht die Stadt die Realisierung von 80 öffentlichen Parkplätzen vor, doch würde sich die Stadt zurückziehen, sollten diese nicht kostendeckend finanziert werden können. Auch die BPK unterstützt die Tunnelvariante bei der A22, zumal weitere Sanierungen bei der bestehenden Strasse keinesfalls unterstützt werden. Die BPK würdigt den Entwicklungs- und Finanzplan 2022-2026 sowie die kostenbewussten Planungen, bedauert aber die angestauten Investitionen im grösseren Ausmass, da diese ja schlussendlich gleichwohl getätigt werden müssen. Allen Beteiligten wird für die gute Zusammenarbeit im Zusammenhang mit der Ausarbeitung sowie Vorberatung des EP 2022-2026 der beste Dank ausgesprochen.

d) Bericht SBK (Nr. 2021-71c)

Dominique Meschberger (SP) hält die wichtigsten Punkte des SBK-Berichtes gemäss Vorlage Nr. 2021-71c fest: Von der Kommission sind die beiden Bereiche Sicherheit/Soziales sowie Bildung/Sport an Onlinesitzungen behandelt worden. Nächstes Jahr wird sicher auch noch der kulturelle Bereich beachtet. Trotz finanziellen Problemen wird alles Mögliche getan, dass die formulierten Ziele erreicht werden können. Erfreulicherweise ist die Sozialhilfequote trotz Bevölkerungswachstum nicht angestiegen, was darauf zurückzuführen ist, dass die vor sechs Jahren eingeführten Massnahmen nun doch langsam greifen. Die Projekte werden laufend überprüft und gegebenenfalls Anpassungen vorgenommen. Beim Thema Asylwesen ist das Angebot an Therapie-Plätzen für traumatisierte Asylsuchende thematisiert worden, dannzumal noch im Unwissen des heutigen Stromes an Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine. Im Zusammenhang mit dem Kindes- und Erwachsenenschutz findet die SBK die Idee von privaten Beistandschaften unterstützenswert. Ein grosses Thema waren die Jugendlichen und insbesondere die Folgen der 2-jährigen Pandemie und deren Folgen. Im Bildungsbereich hatte sich

auch die SBK dem Schulraum-Thema gewidmet. Die SBK unterstützt die Schulraumplanung, wie sie im EP aufgezeigt wird. Die neue Poollösung im Zusammenhang mit der Speziellen Förderung findet man ebenfalls gut und nun muss die diesbezügliche weitere Entwicklung abgewartet werden. Der Einsatz von Zivildienstleistenden an den Schulen wird allseits geschätzt und auch von der SBK als gewinnbringend beurteilt. Im Zusammenhang mit den ausserschulischen Lernorten ist auch die SBK der Meinung, dass sich Lehrpersonen an die Vorgabe halten sollten, dass an 8 Tagen ausserhalb des Schulzimmers unterrichtet wird. Sie dankt ebenfalls allen Beteiligten im Zusammenhang mit der Ausarbeitung sowie Vorberatung des EP 2022-2026.

e) Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen

Stadtpräsident Daniel Spinnler dankt für die umfassenden Kommissionsberichte. Beim EP geht es ja wirklich um eine Gesamtbetrachtung für die nächsten fünf Jahre und nicht um eine Rosinenpickerei. Im Zusammenhang mit dem Leitbild „Lebensqualität in der Hauptstadt“ werden die Handlungsfelder und Ziele definiert. Der EP bzw. die Vorlage Nr. 2021-71 ist im September 2021 verabschiedet worden und mittlerweile haben sich einige Rahmenbedingungen geändert. So zählte Liestal per Ende 2021 doch rund 15'100 Einwohnerinnen und Einwohner, was doch auch ein Beweis dafür ist, dass Leute in Liestal wohnen möchten. Auch bei den Steuern liegen neue Kennzahlen vor und darf er bereits heute festhalten, dass das Rechnungsergebnis 2021 besser als budgetiert sein wird. Der Investitionsberg lässt sich aber nicht wegdiskutieren und die Zinsentwicklungen werden uns in Zukunft bestimmt auch auf Trab halten. Erfreulich werden auch die Handlungsfelder im Zusammenhang der Aufgabenüberprüfung von den einwohnerrätlichen Kommissionen sowie Fraktionen unterstützt, wofür der Stadtrat dankbar ist. An dieser Stelle möchte er auch für die Unterstützung und die Inputs der Verwaltung im Zusammenhang mit der Aufgabenüberprüfung den besten Dank aussprechen. Auch der Kulturbereich ist ein wichtiger Aspekt für Liestal, gibt doch Liestal pro Kopf am meisten für die Kultur aus, vergleicht man die Zahlen mit den übrigen Gemeinden des Kantons.

f) Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung

Domenic Schneider (GLP) dankt namens der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion für die Vorlagen, Berichte und die geleisteten Arbeiten im Zusammenhang mit dem EP 2022-2026. Zahlreiche Fragen der Kommissionen sind von der Verwaltung zufriedenstellend, sehr gut und zuvorkommend beantwortet worden. Man hat sich kritisch mit der Finanzplanung auseinandergesetzt und trotzdem sieht man kein Licht am Horizont und das kann es nun ja auch nicht wirklich sein. Die Massnahmen der Aufgabenüberprüfung haben nicht nur positive Auswirkungen, weshalb wir nun alle in den sauren Apfel beißen müssen und auch die unangenehmen Massnahmen des Stadtrates unterstützen. Dies reicht jedoch nicht und es braucht nachhaltige Verbesserungen der finanziellen Situation, weshalb man auch den Kanton ins Boot nehmen muss. Denn es kann nicht sein, dass der Kanton schwarze Zahlen präsentieren kann und die Gemeinden gleichzeitig mit roten Zahlen kämpfen müssen. Seine Fraktion wird den Anträgen zustimmen.

Alexandra Muheim (SP) erklärt, dass die SP-Fraktion für die geleisteten Arbeiten im Zusammenhang mit dem EP 2022-2026 dankt und auch den Anträgen zustimmen wird. Gerade die Massnahmenüberprüfung hat wohl bei allen zu Diskussionen geführt. Es gibt wohl Massnahmen, die weh machen werden. Und trotzdem müssen wir alle in der aktuellen finanziellen Lage solche Änderungen akzeptieren. Die Deutschkurse für Migrantinnen und Migranten sind für ihre Fraktion ein sehr wichtiges Thema. Man freut sich, dass mit der Neupositionierung und Organisation des Deutschunterrichtes Ressourcen gespart und auch das Angebot vereinfacht sowie vereinfacht werden kann. Ähnlich positiv sieht man den Einsatz von Zivildienstleistenden in den Schulen. Diese leisten einen grossen Dienst für unsere Gesellschaft und schliessen nun an den Schulen Lücken, welche aus finanziellen Gründen durch keine Fachkräfte geschlossen werden können. Ohne die Zivildienstleistenden wäre einige Lehrpersonen oder

Pflegefachkräfte noch stärker gefordert. Gerade im Hintergrund der aktuellen Diskussion bezüglich dem Abbau des Zivildienstes und Aufbau des Militärdienstes die Anerkennung der Dienstleistungen, welche den Zivildienstleistenden zugute kommen. Die Anpassung der Subventionen bei der Kinder- und Jugendzahnpflege darf sozial nicht unterschätzt werden. Ihre Fraktion hofft und geht davon aus, dass die Massnahmen gesundheitlich keine drastischen Auswirkungen haben werden, wenn Kinder oder Jugendliche aus medizinischen Gründen in diesem Bereich unterstützt werden müssen. Auch die Folgen von fehlerhaften Zahnstellungen usw. dürfen nicht unterschätzt werden, selbst wenn diese keine gesundheitlichen Schäden verursachen. Gerade bei finanziell schlechter gestellten und feinfühligem Jugendlichen dürften die exkludierenden Auswirkungen beispielsweise psychische Belastungen sowie Probleme wie Mobbing usw. die Folge sein. Die Kinder und Jugendlichen sollen deshalb nicht unter den geplanten Sparmassnahmen leiden. Wie im FIKO-Bericht angemerkt, beurteilt man die Massnahmen bezüglich der Feuerwehrabgabe etwas kritisch. Darunter werden gerade jüngere Familien und auch Personen, die aus anderen Gründen keinen Feuerwehrdienst leisten können oder wollen, leiden müssen. Eine Finanzierung der Feuerwehr durch Steuern wäre wohl viel einfacher und gerechter. Auch mit der Reduktion der Ergänzungsleistungsbeiträge an Altersheime werden Einsparungen bei einem für die soziale Gesundheit unserer Gesellschaft zentralen Teil gemacht. Die Wichtigkeit unseres Pflegepersonals kann und darf nicht unterschätzt werden und die Kürzungen dürften keinesfalls auf dem Rücken der Pflege ausgetragen werden. Auch bezüglich der Reduktion der Kulturbeiträge an Kulturveranstaltungen ist ein Seufzen durch die Reihen der SP-Fraktion gegangen. Gerade in diesen schwierigen Zeiten haben kulturelle Angebote und Aktivitäten einen unschätzbaren Wert für unsere Gesellschaft. Die Reduktion der Kulturbeiträge sollte deshalb mit sehr viel Bedacht umgesetzt werden. Ihre Fraktion wird den stadträtlichen Anträgen ebenfalls zustimmen.

Dominic Odermatt (FDP) berichtet, dass die FDP-Fraktion den EP ebenfalls sehr intensiv diskutiert habe. Die desolote Finanzlage muss doch als besorgniserregend bis dramatisch-katastrophal bezeichnet werden. Über die ganze Entwicklungsperiode wird ein Defizit von 1,6 Mio. Franken ausgewiesen und die Schuldsituation ist trotz einer leicht besseren Selbstfinanzierung prekär, rechnet man doch mit einer Zunahme der Schulden bis zu 87 Mio. Franken. Trotz dem bereits hohen Steuerfuss von 65 % und der Wachstumsstrategie wird man diesen Schuldenberg nicht abbauen können. Trotz Priorisierungen wird der Investitionsstau weiterhin aufgebaut. Die Aufgabenüberprüfung wird etwas zu einer Linderung beitragen, doch wird uns diese nicht retten. Die FDP-Fraktion steht aber ganz klar hinter der Aufgabenüberprüfung und wird die Massnahmen konsequent unterstützen, selbst wenn diese weh tun werden. Positiv ist, dass der Stadtrat und die Verwaltung die Handlungsspielräume nutzen, wo immer dies möglich ist und zu finanziellen Entlastungen führt. Die Stadt Liestal kann ihre Aufgaben nicht mehr selbst finanzieren, obwohl sie alles Mögliche dazu unternimmt. Dies ist wohl auf den Systemfehler zurückzuführen, dass sie Aufgaben für Leute zu erfüllen und wahrzunehmen hat, welche nicht dafür bezahlen. Zentrumslasten wie die Sportinfrastruktur, gewissen Bereichen der Sozialhilfe usw. sind von Liestal für Leute zu finanzieren, die nicht in Liestal wohnen beziehungsweise Steuern bezahlen. Liestal baut beispielsweise eine Velostation, einen Orissteg usw. für Leute, wovon auch Leute der Nachbargemeinden profitieren. Beim vertikalen Lastenausgleich des Kantons zu den Gemeinden und den finanziellen Unterstützungen unter den Gemeinden müssen fairere Lösungen angestrebt und gefunden werden. Man würdigt es, dass der Stadtrat den Kopf nicht in den Sand steckt und dieser weiterhin alles Mögliche unternimmt, damit die dynamische Entwicklung Liestals weitergehen kann. Die im EP formulierten strategischen Handlungsfelder sind konsistent und der Entwicklungsplan sehr gut aufgearbeitet. Den stadträtlichen Anträgen wird man zustimmen.

Hanspeter Meyer (SVP) äussert, dass die Finanzlage auch der SVP-Fraktion grosse Sorge bereite. Die Hauptgründe sind bekannt und auch am heutigen Abend mehrmals erwähnt worden. Auch seine Fraktion wird den Stadtrat bei seinen Bemühungen und den Massnahmen im Zusammenhang mit der Aufgabenüberprüfung unterstützen. Zur Verbesserung der Situation kann man sich nicht auf den Kanton und die Nachbargemeinden abstützen, sondern man muss selbst Verbesserungsmöglichkeiten finden. Vieles wurde schon in den Kommissionsberichten

festgehalten und am heutigen Abend auch gesagt, weshalb er auf Wiederholungen verzichte. Der Entwicklungsplan ist ein wichtiges Planungsinstrument und Grundlagenpapier, werden in diesem doch gewisse Anhaltspunkte aufgezeigt, wohin die Reise gehen soll. Er hofft, dass im nächsten Entwicklungsplan bessere Zahlen präsentiert werden können. Auch würde er es begrüßen, wenn dieser künftig nur noch von 2 und nicht von 3 Kommissionen vorberaten würde, denn damit könnten auch finanzielle Ressourcen eingespart werden. Die SVP-Fraktion wird den Anträgen ebenfalls zustimmen.

Natalie Oberholzer (GL) legt dar, dass auch die Grüne Fraktion die Aufgabenüberprüfung unterstütze und sie diesbezüglich nicht mehr ins Detail gehen möchte. Der EP ist wie immer sehr umfangreich und enthält viele Detailinformationen, um für die nahe Zukunft von Liestal ein umfassendes Bild bekommen zu können. Der Leitsatz „Lebensqualität in der Hauptstadt“ zieht sich wie ein roter Faden durch den EP 2022-2026. Die Basis für eine gute Lebensqualität bildet die nachhaltige Entwicklung der Stadt Liestal. Schon Jahre wird davon gesprochen, doch gehandelt wurde bis anhin erst punktuell. Als Verzögerungsgrund wird der Stadtverwalter-Wechsel aufgeführt. Das Warten kann auch positiv gedeutet werden, denn es zeigt, dass der Stadtrat die nachhaltige Entwicklung in der Organisation der Stadt ganz zuoberst ansiedelt. Und so hofft man, dass nach der Wichtigkeit nun auch noch die Dringlichkeit erkannt wird und nun in grossen Schritten auch weitreichende Taten folgen werden. Man ist gespannt auf das extern begleitete Nachhaltigkeitsprojekt, welches im Jahr 2022 angegangen wird. Bezüglich dem Handlungsfeld „Freiräume erhalten und aufwerten“ ist man mit der Steigerung der Aufenthaltsqualität und einer klimaangepassten Stadtentwicklung auf einem guten Weg, hatte man doch kürzlich das Postulat „Grüne Siedlung“ überwiesen, welches ja bis 2024 umgesetzt werden soll. Hinsichtlich dem Handlungsfeld „Umgang mit dem Klimawandel“ weist sie darauf hin, dass der vergangene Monat März doch ausserordentlich trocken war, was ein weiteres Zeichen dafür ist, dass wir mitten im Klimawandel stecken. Die Folgen des Klimawandels müssen eingedämmt werden, beispielsweise mit der Reduktion der Hitzeinseln usw. Prioritär müsste man aber die Ursache bekämpfen und den Klimaschutz vorantreiben. Es braucht dringende Massnahmen aller Gemeinden. Der Stadtrat hat aber erkannt, dass die heutige Klimakrise eine der grössten Herausforderungen ist. Gute wäre auch, wenn bei den strategischen Handlungsfeldern auch der Klimaschutz als Nr. 1 im Entwicklungsplan genannt würde. Ihre Fraktion vermisst im EP ganz klar formulierte messbare Reduktionsziele bei Energie- und Treibhausgasemissionen. Mit vielen anderen Handlungsfeldern sind wir strategisch bereits gut unterwegs und die Lebensqualität in Liestal sollte erhalten und gar noch gesteigert werden können. Ihre Fraktion wird die beiden Anträge ebenfalls unterstützen.

g) Einzelredner: Stellungnahmen

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt nach Umfrage fest, dass sich keine Einzelsprecher zu Wort melden möchten.

Stadtpräsident Daniel Spinnler dankt für die guten Rückmeldungen der Fraktionen. Der Auftrag für das Nachhaltigkeitsprojekt ist vom Stadtrat erteilt worden und entsprechend werden auch die formulierbaren Ziele im EP formuliert. Man darf nicht vergessen, dass die Klimaschutzmassnahmen eine Bundesaufgabe sind und es ist auch nicht klar, ob beispielsweise einfache Oelheizungen in Liestal verboten werden könnten. Der neue Stadtverwalter und auch der neue Finanzverwalter hatten nach ihrem Stellenantritt einen steilen Start und er möchte ihnen und auch der ganzen Verwaltung den besten Dank für die geleisteten Arbeiten im Zusammenhang mit dem EP 2022-2026 aussprechen.

h) Anträge

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr aus dem Rat angemeldet werden. Er lässt nun über die stadträtlichen Anträge abstimmen, welche von allen drei vorberatenden Kommissionen unterstützt werden.

://: Der Rat nimmt einstimmig den Entwicklungs- und Finanzplan 2022-2026 der vier Rechnungskreise (Einwohnerkasse, Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Abfallbeseitigung) zur Kenntnis.

://: Vom Stellenplan wird einstimmig Kenntnis genommen.

160 0.01.011.01 Einwohnerrat

- 6. Familienergänzende Kinderbetreuung, FEB-Reglement – Berichte Stadtrat sowie Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) zum FEB-Reglement (Nr. 2021-80), zum Postulat Nr. 2020/188 betreffend Kinderbetreuung in Liestal der SP Liestal sowie zum Postulat Nr. 2021-41 «Eine Strategie der Frühen Förderung für Liestal» von Lisa Faust der Grünen Fraktion, Dominique Meschberger der SP-Fraktion, Susi Thommen der CVP/EVP/GLP-Fraktion und Richard Gafner der FDP-Fraktion**

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten im Rat unbestritten ist.

Das Büro möchte das Geschäft so beraten, dass zuerst das FEB-Reglement gemäss Vorlage Nr. 2021-80 und dann die Postulate Nr. 2020/188 sowie Nr. 2021-41 einzeln behandelt werden.

Er kann nach Umfrage feststellen, dass sich der Rat mit dem Vorgehensvorschlag einverstanden erklären kann.

• ***Familienergänzende Kinderbetreuung, FEB-Reglement (Nr. 2021-80)***

Stefan Fraefel (Die Mitte) stellt als Präsident der Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) den Kommissionsbericht gemäss Vorlage Nr. 2021-80a vor: Nebst dem FEB-Reglement beinhaltet die stadrätliche Vorlage Nr. 2021-80 noch die beiden Postulate Nr. 2020/188 „Kinderbetreuung“ sowie Nr. 2021-41 „Frühförderung“, welche nicht in der Kernkompetenz der GOR liegen und diese deshalb von der SBK vorberaten wurden. Der Mitbericht der SBK zu den beiden Postulaten ist dem GOR-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2021-80a als Anhang beigefügt.

Die GOR begrüsst das neue FEB-Reglement, welches gewisse Harmonisierungen bringt und Gesetzeslücken schliesst. Auch wurde es grundsätzlich begrüsst, dass die ganzen Änderungen einigermassen kostenneutral stattfinden sollen. Er möchte nicht auf alle Änderungsanträge der GOR eingehen, da diese in der Synopse dargestellt sind und es wohl nur bei einzelnen Paragraphen Diskussionsbedarf gibt. Er wird sich deshalb nur zu denjenigen Änderungen äussern, welche politisch umstritten sein könnten. Unter § 15 sind ergänzend Strafbestimmungen formuliert worden, welche in der stadrätlichen Vorlage gänzlich gefehlt hatten. Bei § 14 sind ergänzend noch die Verjährungsfristen bei Rückforderungsansprüchen definiert worden. Generell waren der GOR die rechtsstaatlichen Grundsätze bei diesem Reglement wichtig und deshalb wird auch vom stadrätlichen Antrag bezüglich dem Grundsatz der Linearität abgewichen, da diese Bestimmung in das Reglement gehören soll, womit von der Exekutive nur Details geändert werden können. Weniger politischen Zündstoff dürften die beiden GOR-Änderungsanträge bezüglich der Unterstützungsberechtigung von vermögenden Personen sowie der Einkommensgrenzenerhöhung von CHF 70'000 gemäss Stadtrat auf CHF 90'000 gemäss GOR haben. Die GOR-Gegenanträge werden im Kommissionsbericht bzw. in der Synopse erläutert und begründet. Abschliessend möchte er sich bei Stadtrat Lukas Felix sowie Bereichsleiter Stephan Zürcher bedanken, welche die Fragen der vorberatenden Kommissionen beantwortet hatten und anhand von konkreten Beispielen die Umsetzung des neuen Reglements aufzeigen konnten. Das neue FEB-Reglement wird insgesamt ein deutlicher Fortschritt sein und verdient deshalb auch die Unterstützung des Einwohnerrates, selbst wenn man bei einzelnen Bestimmungen unterschiedlicher Meinung ist.

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) bittet die Ratsmitglieder sowie den Stadtrat sich nun zu den Änderungsanträgen der GOR zu äussern. Die verschiedenen Anträge werden von Vizepräsidentin Sonja Niederhauser notiert und diese dann bei der abschliessenden Abstimmung gegenübergestellt.

Patrick Mägli (SP) erklärt namens der SP-Fraktion, dass das FEB-Reglement ein wichtiges Instrument im Zusammenhang mit der familienergänzenden Kinderbetreuung ist. Die neuen einheitlichen sowie transparenten Regelungen werden begrüsst. Die neue Regelung mit den Betreuungsgutscheinen befürworte man ebenfalls, denn die bisherigen Regelungen für Kinder im Vorschulbereich waren schon sehr kompliziert. Der Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung zur bisherigen Praxis wird begrüsst, zumal das Kostendach im Vorschulbereich in den letzten Jahren nie ausgeschöpft wurde. Der bisherigen Kostenrahmen sollte mindestens ausgeschöpft werden, was auch angesichts der angespannten Finanzlage langfristig für Liestal wichtig ist. Nur wenn es ein gutes und bezahlbares Fremdbetreuungsangebot gibt, werden beide Elternteile substanziell im Erwerbsleben bleiben können, folglich werden diese dann höhere Steuern bezahlen und längerfristig höhere Einkommen generieren können, was dann wiederum der Wohnsitzgemeinde zugutekommen wird. Gleichzeitig können die Familien damit ihre finanzielle Existenz langfristig absichern. Auch weiss man, dass das in die Kinderbetreuung finanzierte Geld in Form von Steuern und anderen Geldwerten mehr als wieder generiert wird. Es ist darum wichtig, dass wir in diesem Bereich ein gutes Angebot haben, denn sonst ist Liestal für Mittelstand-Eltern mit Kindern, bei welchen beide Elternteile arbeiten möchten, unattraktiv. Bezüglich den erwarteten Mehrausgaben wegen den GOR-Gegenanträgen wird im Kommissionsbericht richtigerweise festgehalten, dass die finanziellen Folgen noch nicht bekannt sind. Die Änderungsanträge sind jedoch moderat und dürften den Kostenrahmen nicht unkontrolliert sprengen. Auch müssen wir aufpassen, dass wir in der momentanen angespannten Finanzlage kurzfristig nicht so restriktiv reagieren sollten und den Stadtfinanzen langfristig schaden, um mögliche Mehreinnahmen und damit auch künftige Spielräume bei den Finanzen verhindern. Die SP-Fraktion unterstützt auch den Antrag der GOR bezüglich der Erhöhung des massgebenden Einkommens auf CHF 90'000, denn der Konstruktionsfehler bei der bisherigen Regelung hatte dazu geführt, dass Familien im Mittelstand kaum Anrecht auf Unterstützung hatten, was mit der Erhöhung um CHF 20'000 zumindest teilweise korrigiert werden kann. Es ist seiner Fraktion wichtig, dass Mittelstand-Familien in den Genuss einer Unterstützung kommen. Auch wird der GOR-Antrag bezüglich der Unterstützung vermögender Personen unterstützt, denn es sollen nicht Familien für ihre Sparbemühungen bestraft werden, wenn sie Wohneigentum erwerben möchten. Bezüglich den übrigen GOR-Anträgen möchte er schon festhalten, dass diese nicht so unbestritten waren, wie dies vorher vom Kommissionspräsidenten dargestellt wurde. So werden die GOR-Anträge bezüglich § 7 Abs. 3 Bst. c und § 19 von der SP-Fraktion nicht unterstützt. Sollten sich die Verhältnisse ändern und Anpassungen der Bemessungsgrundlagen aufdrängen, muss der Stadtrat dem Einwohnerrat jeweils eine Reglementsänderung beantragen, was doch sehr unflexibel ist. Der stadträtliche Vorschlag basiert ja auf dem Musterreglement des Kantons und ist bei der Vorprüfung des Kantons auch nicht beanstandet worden, weshalb auch die Aussage des GOR-Präsidenten bezüglich der Rechtsstaatlichkeit hier nicht als Argument vorgebracht werden kann. Auch findet man die Strafbestimmungen gemäss § 15 überflüssig und insbesondere die Bestimmung bezüglich der fahrlässigen Bestrafung geht zu weit, wobei man diesbezüglich keinen Gegenantrag stellen wird. Die SP-Fraktion wird den GOR-Änderungsanträgen folglich zustimmen, die Änderungen bezüglich den linearen Anpassungen jedoch ablehnen.

Benjamin Erni (EVP) dankt namens der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion für die umfassenden Arbeiten im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des FEB-Reglementes sowie Vorberatung durch die GOR. Die Mittelfraktion unterstützt die GOR-Anträge, lehnt aber den GOR-Antrag betreffend § 7 Abs. 3 Bst. a bezüglich der Einkommensgrenze von CHF 90'000 ab. Seine Fraktion wird den stadträtlichen Antrag mit CHF 70'000 unterstützen. Ansonsten würde der finanzielle Aufwand der Stadt unnötig belastet, Kosten und Nutzen wären zu klein und würden keinen Mehrwert bringen. Auch würde nur ein ganz kleiner Teil von der beantragten GOR-Änderung profitieren.

Richard Gafner (FDP) merkt an, dass auch die FDP-Fraktion die GOR-Anträge grundsätzlich unterstütze. Seine Fraktion unterstützt den Antrag, dass das massgebliche Einkommen gemäss § 7 Abs. 3 Bst. a auf die ursprünglichen CHF 70'000 gemäss stadträtlichem Antrag

festgelegt wird. Dabei geht es nicht darum, dass Geld gespart werden kann. Vielmehr soll der Systemwechsel in zwei Schritten gemacht werden. In einem ersten Schritt soll der Systemwechsel vollzogen und die Kostenentwicklung beobachtet werden. Und sollte der Kostenrahmen nicht erreicht werden, könnte in einem zweiten Schritt die Obergrenze immer noch erhöht werden. Ansonsten wird man den Änderungsanträgen der GOR zustimmen.

Lorenz Holinger (SVP) legt dar, dass auch die SVP-Fraktion grossmehrheitlich mit dem neuen Reglement zufrieden ist und auch in seiner Fraktion hatte die Einkommensgrenze gemäss § 7 Anlass zu Diskussionen gegeben. Grundsätzlich befürwortet man es, dass man für den Mittelstand etwas tun möchte. Angesichts der Finanzlage Liestals steht man einer Erhöhung doch sehr kritisch gegenüber. Deshalb wird man den noch zu stellenden Antrag des Stadtrates unterstützen, dass die Obergrenze vom Stadtrat jedes Jahr in der Verordnung definiert wird. Somit kann man auf die finanzielle Entwicklung des neuen Reglements rasch reagieren. Bei einer Heraufsetzung der Obergrenze dürften die finanziellen Auswirkungen des neuen Reglements nicht mehr kostenneutral sein, wie man dies prognostiziert hatte. Damit könnte auch jährlich analysiert werden, welches die Gesuchsteller mit welchem Einkommen sind und gegebenenfalls auch entsprechend reagieren. Ansonsten wird man die GOR-Anträge unterstützen und auch der Abschreibung der beiden Postulate zustimmen.

Sibylle Schenker (GL) informiert, dass in der Grünen Fraktion der § 7 ebenfalls am meisten zu diskutieren gab. Sie kann das Argumentarium des FDP-Fraktionssprechers unterstützen und befürwortet ebenfalls den stadträtlichen Vorschlag bzw. Antrag.

Stefan Fraefel (Die Mitte) hält als GOR-Präsident fest, dass die GOR-Abstimmungsergebnisse bezüglich der Änderungsanträge im Kommissionsbericht festgehalten sind. Der Stadtrat beantragt die Einkommensgrenze auf CHF 70'000 und mit dem GOR-Änderungsantrag soll diese Grenze auf CHF 90'000 erhöht werden. Ein weiterer Antrag für die Festlegung einer variablen Einkommensgrenze ist im Moment nicht bekannt. Als weiteres Argument für eine Erhöhung wurde in der GOR aufgeführt, dass die Einkommensgrenze von CHF 70'000 für den Mittelstand doch eher tief angesetzt ist und eine Mehrheit der Kommission ist der Meinung, dass damit nicht das Giesskannen-Prinzip zum Tragen kommen würde.

Dominique Meschberger (SP) äussert sich als SBK-Präsidentin zum Mitbericht gemäss Vorlage Nr. 2021-80a und stellt fest, dass von der SBK insbesondere der zweite Teil der stadträtlichen Vorlage betreffend dem Konzept der Betreuung und Förderung im Frühbereich angeschaut wurde. Das Konzept ist sicher eine gute Sache, womit eine Anlaufstelle geschaffen wird, wo alle Angebote gesammelt werden und wo man sich auch informieren lassen kann. Gemäss Postulat Nr. 2021/41 wird von der SBK ebenfalls die Aufgleisung einer Situationsanalyse empfohlen. Im Zusammenhang mit der Kommunikation wird festgestellt, dass die bestehende Webseite nicht ideal ist, doch diese soll ja in Kürze ersetzt werden, wobei auch ein neuer eigener Webauftritt möglich wäre. Wichtig ist, dass man benutzerfreundlich und schnell zu den Informationen kommt, was auch für alle in Liestal bekannten Sprachen möglich sein sollte. Auch wird empfohlen, vom Wissen und der Vernetzung von Fachpersonen sowie Vereinen und Anbietern zu profitieren und mit diesen zusammen zu arbeiten.

Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass bei der heutigen Beratung des Entwicklungs- und Finanzplanes mehrmals auf das strukturelle Defizit hingewiesen wurde. Massnahmenpakete müssen geschnürt werden und trotzdem werden die Schulden jährlich um rund 4 Mio. Franken aufgebaut. Wir müssen deshalb extrem vorsichtig sein mit wiederkehrenden Ausgaben und und so ist es beim vorliegenden Geschäft doch sehr gefährlich, wenn man die Kostenfolgen des neuen FEB-Reglements nicht abschätzen kann. Der Anteil an Gesuchen ist in der Stadtratsvorlage auf einen 2/3-Anteil geschätzt worden. Mit dem Systemwechsel muss die Kostenentwicklung angeschaut, Zahlen erhoben und analysiert werden, damit man gegebenenfalls Anpassungen vornehmen kann. Alles andere wäre in der jetzigen finanziellen Situation nicht verantwortungsvoll.

Alexandra Muheim (SP) meint, dass die Einkommensgrenze von CHF 90'000 doch ein kritischer Wert sein dürfte, wenn es beispielsweise bei der Familiengründung darum geht, ob Beide erwerbstätig bleiben werden oder eben nicht.

Vreni Wunderlin (GLP) meint, dass für sie die Obergrenze von CHF 70'000 stimme. Wir haben in Liestal doch ein Privileg, denn nicht alle Gemeinden geben Betreuungsgutscheine ab.

Stadtrat Lukas Felix meint, dass es seinerseits doch noch einiger Erklärungen und Antworten zu diesem umfassenden Thema bedarf. Die Zusammenarbeit mit den beiden Kommissionen bei der Vorberatung des Geschäfts habe er sehr positiv empfunden, wofür er auch danken möchte. Zuerst möchte er eine Verwirrung aus der Welt schaffen, welche im Zusammenhang mit einem im Raum stehenden Stadtratsantrag bezüglich der Einführung einer variablen Obergrenze entstanden ist, was aber schlussendlich beim Kanton nicht bewilligungsfähig gewesen wäre. Die jährliche Einkommensgrenze kann und darf nicht vom Stadtrat jährlich festgelegt werden. Bei einem kürzlichen LA-Editorial hatte er sich dem Thema Bäume pflanzen gewidmet. Die frühe Förderung und das FEB-Reglement sollen schlussendlich auch zu einem grossen Baum werden. Man kann ja nicht einfach einen Setzling eintopfen und einfach in eine Ecke stellen, mit der Erwartung, dass dann daraus eine grosse starke Buche wird. Denn dafür braucht es Platz, Licht, Wasser usw., denn nur mit solchen Ressourcen kann aus einem Setzling schlussendlich ein grosser Baum werden. Es ist ihm deshalb ein wichtiges Anliegen, dass man der frühen Förderung und auch der familienergänzenden Betreuung die nötigen Ressourcen zur Verfügung stellt. Aus Sicht des Stadtrates ist die frühere Förderung auch der Schlüssel dazu, dass man überhaupt die Chance hat, die immer mehr steigenden Kosten in der speziellen Förderung der Primarstufe in den Griff zu bekommen. Dabei geht es nicht um Schulangebote wie Früh-Chinesisch, Geigenunterricht für Zweijährige usw. Auch möchte man den Eltern nicht etwas vorschreiben oder aufzwingen, vielmehr möchte man die Kinder und ihre Eltern in Liestal ab der Geburt bis zum Eintritt in den Kindergarten unterstützen, beraten und bei Bedarf auch fördern. Ein Element unter dem Dach der Frühförderung ist das FEB-Reglement, in welchem insbesondere auch die im Konzept definierten Ziele festgehalten sind. Beim Vollzug kommt es zu einem Systemwechsel zu den Betreuungsgutscheinen, wobei ein wichtiges Element die Zusammenführung von Subventionen und Betreuungsgutscheinen ist. Damit sollen ab einer gewissen Einkommensuntergrenze die vollen Kosten für die KITA's sowie die schulergänzende Betreuung in Form von Betreuungsgutscheinen ausbezahlt werden können. Damit soll ein Abdriften in die Sozialhilfe verhindert werden. Die Einkommensuntergrenze ist bewusst so angesetzt worden, dass sie an der Grenze zur Sozialhilfe liegt. Dies wäre eine deutlich weniger aufwändige Massnahme als die Leute nachher in der Sozialhilfe betreuen oder bei der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt unterstützen zu müssen. Die Einkommensobergrenze hatte in der GOR und auch heute wieder zu Diskussionen geführt. Der Stadtrat unterstützt den Antrag der GOR, dass man erst ab einem massgebenden Einkommen von CHF 90'000 keine weiteren Beiträge mehr ausrichten wird. Wunschgemäss sind von ihm und dem zuständigen Bereichsleiter Stephan Zürcher die möglichen Kostensteigerungen abgeschätzt worden. Sie schätzen, dass der Systemwechsel zu 10 – 15 % bzw. rund CHF 30'000 bis CHF 40'000 an Mehrkosten pro Jahr führen wird. Mit dem vorliegenden Reglement wird bewusst in den Mittelstand investiert, da Familien in diesem Bereich oft vergessen werden. Diese erhalten beispielsweise keine Krankenkassenprämien-Verbilligungen und deren steuerliche Belastung ist wegen der Progression grösser. Die Subventionsbeiträge werden bei den höchsten massgebenden Einkommen nicht all zu gross sein, doch wenn genau dies für die Berufstätigkeit beider Elternteile ausschlaggebend sein sollte, haben wir doch für die Stadtfinanzen wieder viel gewonnen, zumal damit auch die Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt gefördert werden kann, da wir diese Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt dringend nötig haben. Nicht jeder KMU-Betrieb kann sich eine eigene KITA leisten, um die besten Fachkräfte nachhaltig an das Unternehmen binden zu können. Die Investitionen in diesem Bereich haben ein gutes Kosten- und Nutzenverhältnis, was Studien belegen. So kommt jeder investierte Franken in diesem Bereich an 1 – 2 Franken an Steuer-Mehreinnahmen und tieferen

Sozialausgaben zurück. Folgende Änderungsanträge der GOR werden vom Stadtrat nicht unterstützt:

- § 6 Abs. 3 lit. c (neu): 10% des steuerbaren Vermögens werden zum massgebenden Einkommen hinzugezählt.
- § 6 Abs. 5 (Streichung): bei steuerbarem Vermögen besteht kein Anspruch auf Betreuungsgutscheine.
- § 7 Abs. 3 lit. c (neu): Festlegung der Linearität im Reglement

Dies würde bei sehr wenigen Fällen eintreffen und die Mehrkosten dürften äusserst gering sein. Die Berechnungen durch die Verwaltung dürften zudem sehr viel komplizierter werden. Hinsichtlich dem Thema Linearität wünscht sich der Stadtrat viel mehr Flexibilität und Möglichkeiten der Ausgestaltung, auch bei Einhaltung der reglementarischen Bestimmungen.

ABSTIMMUNGEN

Vizepräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden, weshalb nun über die verschiedenen Anträge abgestimmt werden kann. Grundlage für die Abstimmungen ist die Vorlage und Synopse der GOR.

Unterstützungsberechtigung für vermögende Personen

- Antrag Stadtrat, dass Vermögen für Unterstützungsberechtigung nicht relevant ist (Ablehnung von GOR-Antrag).
- Antrag GOR, dass 10 % des steuerbaren Vermögens (Ziff. 910) gem. § 6 Abs. 3 Bst. d hinzugezählt wird.

://: Dem Antrag des Stadtrates stimmen 9 Ratsmitglieder zu.

Dem GOR-Antrag, dass 10 % des steuerbaren Vermögens (Ziff. 910) gem. § 6 Abs. 3 Bst. d hinzugezählt werden, stimmen 28 Ratsmitglieder mehrheitlich zu.

Obergrenze des massgebenden Einkommens

- Antrag der FDP-Fraktion sowie der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion, dass Einkommensgrenze gemäss stadträtlichem Vorschlag (§ 7 Abs. 3 Bst. a) bei CHF 70'000 belassen wird.
- Antrag der GOR, dass Einkommensgrenze gemäss § 7 Abs. 3 Bst. a um CHF 20'000 auf CHF 90'000 erhöht wird.

://: Dem Antrag der FDP-Fraktion sowie Mittefraktion für die Festlegung der Einkommensgrenze auf CHF 70'000 stimmen 21 Ratsmitglieder mehrheitlich zu.

Der GOR-Antrag für die Festlegung der Einkommensgrenze auf CHF 90'000 wird von 15 Ratsmitgliedern unterstützt.

1 Ratsmitglied enthält sich der Stimme.

Linearität

- Antrag Stadtrat und SP-Fraktion, dass GOR-Antrag für Linearität gemäss § 7 Abs. 3 Bst. c gestrichen wird.
- Antrag GOR, dass Formulierung von 7 Abs. 3 Bst. c (*Die Höhen der Betreuungsgutscheine verhalten sich linear sowie umgekehrt zu denjenigen der massgebenden Einkommen.*) gemäss Synopse der GOR übernommen wird.

://: Dem Antrag des Stadtrates sowie der SP-Fraktion stimmen 18 Ratsmitglieder zu.

Auf den GOR-Antrag entfallen ebenfalls 18 Stimmen.

Mit Stichentscheid von Ratspräsident Markus Rudin (SVP) wird der GOR-Antrag für eine Linearität unterstützt.

FEB-Reglement

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt fest, dass keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das FEB-Reglement gemäss Synopse und Vorlage NR. 2021-80a der GOR wird mit den zuvor beschlossenen Änderungen einstimmig genehmigt.

Postulat und ehemalige Petition «Kinderbetreuung» der SP Liestal und Umgebung (Nr. 2020/188)

Stefan Fraefel (Die Mitte) hält als Präsident der GOR fest, dass sich die GOR zu den beiden Postulaten Nr. 2020/188 und Nr. 2021/41 nicht äussert, da die stadträtlichen Bericht zu den beiden Vorstössen von der SBK beraten wurden.

Dominique Meschberger (SP) hält namens der SP-Fraktion und Postulanten sowie als SBK-Präsidentin fest, dass sich diese mit der Abschreibung des Vorstosses gemäss stadträtlichem Antrag einverstanden erklären kann.

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Der Einwohnerrat schreibt das Postulat Nr. 2020/188 «Kinderbetreuung» der SP Liestal und Umgebung einstimmig als erfüllt ab.

Postulat «Eine Strategie der frühen Förderung für Liestal» von Lisa Faust der Grünen Fraktion (Nr. 2021/41)

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt fest, dass bezüglich der Abschreibung des Postulates Nr. 2021/41 keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Der Einwohnerrat schreibt das Postulat Nr. 2021/41 «Eine Strategie der frühen Förderung für Liestal» von Lisa Faust einstimmig als erfüllt ab.

161 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Parkleitsystem: Kreditantrag für Realisierung (Nr. 2022-92)

Stadtrat Daniel Muri kann sich nicht damit einverstanden erklären, dass die heutige Sitzung gemäss vorgängiger Aussage des Ratspräsidenten nun geschlossen wird. Er stellt den Antrag, dass dieses Geschäft heute noch beraten wird und macht den Vorschlag für die Überweisung der Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK).

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) und Vizepräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellen fest, dass über das stadträtliche Begehren in einem Ordnungsantrag abgestimmt wird.

://: Grossmehrheitlich stimmt der Rat zu, dass das Geschäft «Parkleitsystem» an der heutigen Sitzung beraten wird.

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf die stadträtliche Vorlage unbestritten ist. Das Büro beantragt dem Einwohnerrat die Überweisung der Vorlage Nr. 2022-92 an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung.

Domenic Schneider (GLP) informiert, dass die GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion die stadträtliche Vorlage gerne direkt beraten hätte. Angesichts der vorgerückten Stunde verzichte man aber nun darauf, weshalb man der Überweisung an die BPK zustimmen wird.

Thomas Eugster (FDP) merkt an, auch die FDP-Fraktion wird der Überweisung an die BPK zustimmen. Der BPK möchte er für die Vorberatung der stadträtlichen Vorlage mitgeben, dass die Notwendigkeit der Anzeigetafel beim Kreisel Liestal Nord genauer angeschaut werden sollte. Dieses Geld könnte gegebenenfalls in die Aufnahme und Anzeige der Oberflächen-Parkplätze «Gestadeck» investiert werden.

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Die stadträtliche Vorlage Nr. 2022-92 wird mit grossem Mehr an die Bau- und Planungskommission zur Vorberatung überwiesen.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 45 des Geschäftsreglements am Schluss der Versammlung noch mündlich begründen können.

Er stellt nach Umfrage fest, dass davon niemand Gebrauch machen möchte.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 20.35 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Ratspräsident

Markus Rudin

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann